

Amtsblatt der Stadt Landshut

68. Jahrgang Nr. 16

Montag, 23. Juni 2025

Einzelpreis 1,75 €

INHALTSVERZEICHNIS: Vollzug der Wassergesetze und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG); Sanierung der Kanalanlagen der Uppenbornwerke 1 und 2 sowie der Speicherseen bei Moosburg und Eching auf den Gebieten der Landkreise Freising und Landshut sowie der Stadt Landshut durch die Stadtwerke München GmbH; Antrag der Stadtwerke München GmbH an das Landratsamt Landshut auf die wasserrechtliche Planfeststellung gemäß § 68 Abs. 1 in Verbindung mit (i. V. m.) § 67 Abs. 2 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) sowie einer beschränkten wasserrechtlichen Erlaubnis im Sinne der §§ 8 Abs. 1 und 10 WHG i. V. m. Art. 15 Abs. 1 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG); Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß §§ 18 bis 21 UVPG, § 70 Abs. 1 Satz 1 WHG, Art. 73 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG), Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 07-86/1 „Feuerwehrstandort und Sportplatzenerweiterung Auloh“ vom 06.06.2025, hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB, Vollzug des BauGB; Änderung des Bebauungsplanes Nr. 09-60 „Am Birkenberg“ vom 28.04.1972 i.d.F. vom 22.06.1973 - rechtsverbindlich seit 22.03.1976 - durch Deckblatt Nr. 13 vom 28.06.2024 i.d.F. vom 06.06.2025 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung), hier: Ortsübliche Bekanntmachung der Auslegung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB, Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 02-09/3b „Östlich Mozartstraße – nördlich Haydnstraße“ vom 03.05.2024 i.d.F. vom 06.06.2025, hier: Ortsübliche Bekanntmachung der Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB, Vollzug des BauGB; Veränderungssperre Nr. 05-78-1 „Zwischen Pulverturmstraße und Schwarzem Weg“ vom 06.06.2025, hier: Bekanntmachung gem. § 16 Abs. 2 BauGB, Vollzug des BauGB; Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut mit Deckblatt Nr. 77 im Bereich „Südlich Klötzlmüllerstraße - Verlängerung Sylvensteinstraße“, hier: Ortsübliche Bekanntmachung der Anpassung im Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB, Bekanntmachung: Planfeststellung nach 43 EnWG i. V. m. Art. 72 ff. Ba VwVfG,

**Vollzug der Wassergesetze und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);
Sanierung der Kanalanlagen der Uppenbornwerke 1 und 2 sowie der Speicherseen bei Moosburg und
Eching auf den Gebieten der Landkreise Freising und Landshut sowie der Stadt Landshut durch die
Stadtwerke München GmbH;
Antrag der Stadtwerke München GmbH an das Landratsamt Landshut auf die wasserrechtliche Planfest-
stellung gemäß § 68 Abs. 1 in Verbindung mit (i. V. m.) § 67 Abs. 2 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes
(WHG) sowie einer beschränkten wasserrechtlichen Erlaubnis im Sinne der §§ 8 Abs. 1 und 10 WHG i. V.
m. Art. 15 Abs. 1 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG);
Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß §§ 18 bis 21 UVPG, § 70 Abs. 1 Satz 1 WHG, Art. 73 des Bayerischen
Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG)**

Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 19 UVPG

Die Stadtwerke München GmbH beantragten beim Landratsamt Landshut die Erteilung einer wasserrechtlichen Planfeststellung gemäß § 68 Abs. 1 i. V. m. § 67 Abs. 2 Satz 1 WHG sowie einer beschränkten wasserrechtlichen Erlaubnis im Sinne der §§ 8 Abs. 1 und 10 WHG i. V. m. Art. 15 Abs. 1 BayWG für die Sanierung der Kanalanlagen der Uppenbornwerke 1 und 2 sowie der Speicherseen bei Moosburg und Eching auf den Gebieten der Landkreise Freising und Landshut sowie der Stadt Landshut samt Umweltverträglichkeitsprüfung.

Folgende Maßnahmen sind geplant:

- Alter Werkkanal und Stichkanal
 - Sanierung Oberflächendichtung
 - Betonoberflächensanierung Stichkanalauquädukt außen
 - Freibordertüchtigung
 - Sanierung Tiefenbachdüker
 - Rückbau Brücke UP31
- Mittlere-Isar-Kanal Haltung 5b
 - Sanierung Oberflächendichtung
 - Wegeertüchtigung linker und rechter Damm
 - Freibordertüchtigung Mitteldamm
 - Freibordertüchtigung Dammhinterweg links
 - Sanierung Fischbachdurchlass bei K-km 1+250
 - Sanierung Einlaufbereich und Leerschuss Uppenbornwerk 1
 - Sanierung Auslaufbauwerk mit Grundablass Moosburger Speichersee
 - Ersatzneubau Brücke UP41
- Moosburger Speichersee
 - Sanierung Oberflächendichtung Stauhaltungsdamme
 - Freibordertüchtigung Außendamm
 - Sanierung Einlaufbauwerk Moosburger Speichersee
- Überleitung zum Rotkreuzflutkanal, Rotkreuzflutkanal und Unterwasser Alter Werkkanal
 - Sanierung Oberflächendichtung im Rotkreuzflutkanal
 - Betonoberflächensanierung an den Abstürzen
 - Kolkssicherung nach Absturz Ü3 RKFK im Unterwasser Alter Werkkanal
- Mittlere-Isar-Kanal Haltung 6
 - Wege-/Freibordertüchtigung linke und rechte Kanalseite
 - Ertüchtigung kanalseitige Standsicherheit durch Vorschüttung
 - Sanierung Oberflächendichtung
 - Ertüchtigung landseitige Standsicherheit in Deich- und Dammlage
 - Sanierung Oberflächendichtung und Freibordertüchtigung Zuläufe Kleine Sempt, Aubach und Gleißbach
 - Brückenersatzneubau und -sanierung
 - Sanierung Durchlässe
 - Sanierung ehem. Wehranlage Hofham
 - Sanierung Einlaufbereich und Leerschuss Uppenbornwerk 2
 - Sanierung Brücke UP61

Bei den beantragten Maßnahmen handelt es sich um einen Gewässerausbau nach § 67 WHG. Ein Gewässerausbau ist nach § 68 Abs. 1 WHG planfeststellungspflichtig.

Der Antragsteller beantragt die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Dies wird von der zuständigen Behörde – hier: Landratsamt Landshut – als zweckmäßig erachtet, § 5 Abs. 1 i. V. m. § 7 Abs. 3 Satz 1 UVPG.

Bezüglich der Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird auf Folgendes hingewiesen:

- Die für das Verfahren und die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde ist das Landratsamt Landshut, Veldener Str. 15, 84036 Landshut.
- Als mögliche Zulassungsentscheidung kommen der Planfeststellungsbeschluss oder ein ablehnender Bescheid in Betracht.
- Ein UVP-Bericht wurde vorgelegt.
- Im Rahmen einer UVP wird die Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens beteiligt. Da im wasserrechtlichen Zulassungsverfahren ohnehin eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen ist, erfolgt die Beteiligung hierdurch.

Folgende Unterlagen wurden dem Landratsamt Landshut vorgelegt:

- Erläuterungsbericht
- Pläne
- Technische Beilagen
- Hydraulische Berechnungen
- Geotechnische Unterlagen
- Grundwassergutachten
- Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)
- Artenschutzrechtliche Prüfung (saP)
- Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU)
- Natura2000-Verträglichkeitsuntersuchung
- Gewässerökologie
- Recht und Liegenschaften

Das Vorhaben befindet sich auf den Gebieten der Landkreise Freising und Landshut sowie der Stadt Landshut. Die erforderlichen Zustimmungen zum Übergang der Zuständigkeit für die Durchführung des Verfahrens wurden bereits eingeholt.

Öffentlichkeitsbeteiligung und Auslegung der Unterlagen

Gemäß § 70 Abs. 1 WHG sowie § 19 Abs. 2, § 18 Abs. 1 Satz 4 UVPG ist vor einer Entscheidung ein Anhörungsverfahren nach Art. 73 BayVwVfG durchzuführen und insbesondere die Beteiligung der Öffentlichkeit durch Auslegung der Planunterlagen in den betroffenen Gemeinden zu veranlassen. Die Planauslegung wird hiermit gemäß Art. 73 Abs. 5 BayVwVfG öffentlich bekannt gemacht.

Die Antragsunterlagen, aus denen sich Art und Umfang der geplanten Maßnahmen ergeben, liegen in der Zeit vom **30.06.2025 bis einschließlich 30.07.2025 im Landratsamt Landshut, Veldener Straße 15, 84036 Landshut, Zimmer 405** und auf der Homepage der Stadt Landshut <https://landshut.de/umwelt/wasser/laufende-verfahren> zur Einsicht aus. Wir bitten, vor einer Einsichtnahme der Unterlagen beim Landratsamt Landshut dort dafür einen Termin zu vereinbaren (Tel. 0871/408-4111, E-Mail wasser@landkreis-landshut.de).

Diese Bekanntmachung sowie die Antragsunterlagen sind außerdem über das zentrale UVP-Portal des Landes Bayern www.uvp-verbund.de zugänglich.

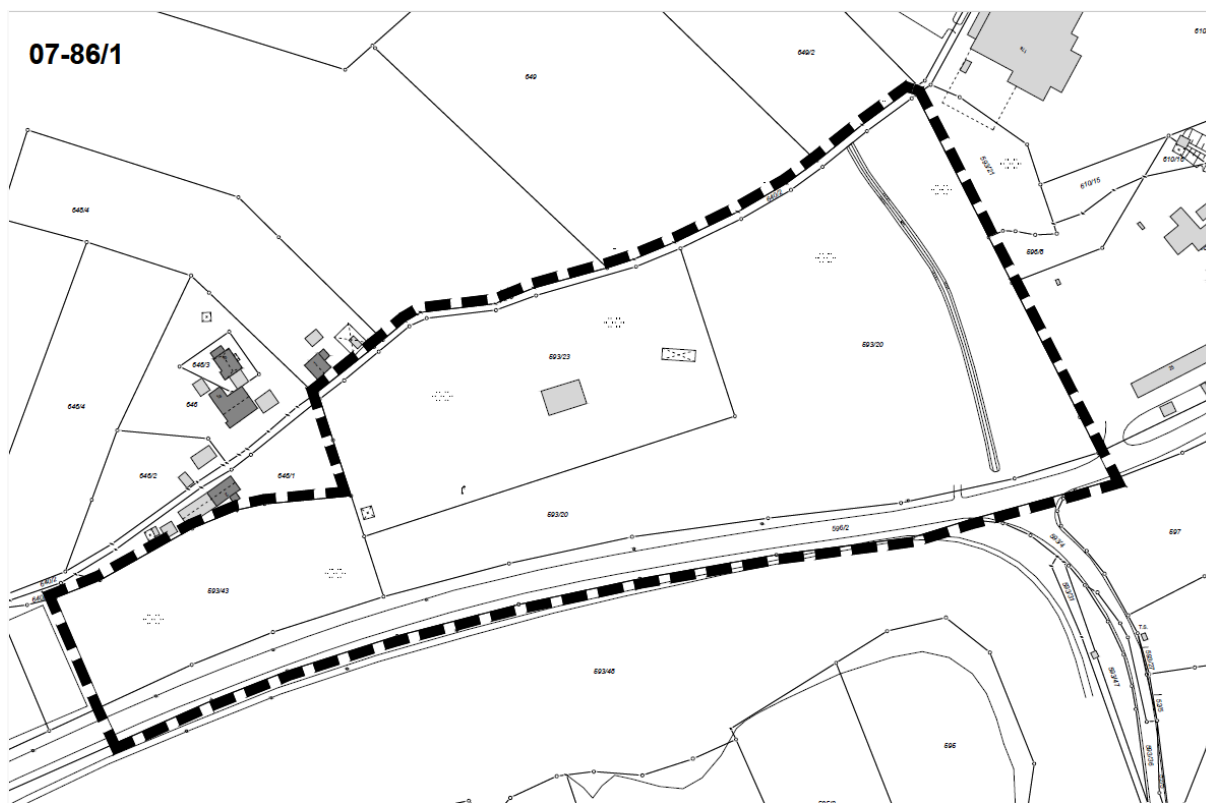
Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, folglich **bis einschließlich 01.09.2025**, bei der Stadt Landshut, Amt für Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Luitpoldstraße 29 a, 84034 Landshut oder beim Landratsamt Landshut, Veldener Str. 15, 84036 Landshut, schriftlich oder zur Niederschrift Einwendungen erheben. Die Erhebung einer Einwendung per E-Mail ist unzulässig!

Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für das Verfahren über die Zulässigkeit des Vorhabens alle Äußerungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen.

Sofern keine Gründe für einen Verzicht vorliegen, werden rechtzeitig erhobene Einwendungen und Stellungen bei einem Erörterungstermin besprochen. Diejenigen Personen oder Vereinigungen, die Einwendungen erhoben haben, können vom Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden. Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendung kann ebenfalls durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als fünfzig Benachrichtigungen oder Zustellung vorzunehmen sind. Bei Ausbleiben eines Beteiligten im möglichen Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

STADT LANDSHUT
-Amt für Umwelt-, Klima- und Naturschutz-

Vollzug des BauGB:
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 07-86/1 „Feuerwehrstandort und Sportplatzenerweiterung Auloh“
vom 06.06.2025
hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB



Der Bausenat der Stadt Landshut hat in der Sitzung am 06.06.2025 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen, für das im abgedruckten Plan dargestellte Gebiet einen Bebauungsplan aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die

Nr. 07-86/1

und die Bezeichnung

„Feuerwehrstandort und Sportplatzenerweiterung Auloh“.

Der abgebildete Lageplan des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung mit Kennzeichnung der Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes ist Bestandteil des Beschlusses. Der räumliche Geltungsbereich des aufzustellenden Bebauungsplanes kann beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden eingesehen werden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden.

Allgemeine Ziele und Zwecke der Planung:

Neben der Schaffung eines modernen, leistungsfähigen und zentral gelegenen Feuerwehrstandorts für den Stadtteil Frauenberg liegen die Ziele und Zwecke in der Vorhaltung und Sicherung von Flächen für die Erweiterung des Sportplatzes Auloh, des örtlichen THW-Übungsgeländes sowie der bereits vor Ort vorhandenen naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen.

STADT LANDSHUT
- Referat für Bauen und Umwelt -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Vollzug des BauGB:
Änderung des Bebauungsplanes Nr. 09-60 „Am Birkenberg“ vom 28.04.1972 i.d.F. vom 22.06.1973 -
rechtsverbindlich seit 22.03.1976 - durch Deckblatt Nr. 13 vom 28.06.2024 i.d.F. vom 06.06.2025 im be-
schleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)
hier: Ortsübliche Bekanntmachung der Auslegung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2
und § 3 Abs. 2 BauGB



Die Stadt Landshut legt den vom Bausenat in seiner Sitzung vom 06.06.2025 gebilligten Entwurf des

Deckblattes Nr. 13

zur Änderung des Bebauungsplanes

Nr. 09-60 „Am Birkenberg“

gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom

01.07.2025 bis einschl. 01.08.2025

aus.

Zum Entwurf des Deckblattes Nr. 13 vom vom 28.06.2024 i.d.F. vom 06.06.2025 zum Bebauungsplan Nr. 09-60 „Am Birkenberg“ vom 28.04.1972 i.d.F. vom 22.06.1973 - rechtsverbindlich seit 22.03.1976 - mit eingearbeitetem Grünordnungsplan und textlichen Festsetzungen auf dem Plan gehört die Begründung.

Es wird darauf hingewiesen, dass von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen wird. Dies wurde bereits entsprechend § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Inhalt dieser Bekanntmachung sowie die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen können im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Beteiligung.aspx

Zusätzlich erfolgt die Auslegung beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden.

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen. Ebenso können die in den Festsetzungen des Deckblattes Nr. 13 genannten DIN-Normen zu den oben genannten Dienststunden im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung eingesehen werden.

Stellungnahmen können während der Auslegungsfrist elektronisch übermittelt werden. Bei Bedarf können die Stellungnahmen in Textform oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Stadt Landshut den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

STADT LANDSHUT
- Referat für Bauen und Umwelt -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Vollzug des BauGB:
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 02-09/3b „Östlich Mozartstraße – nördlich Haydnstraße“ vom
03.05.2024 i.d.F. vom 06.06.2025
hier: Ortsübliche Bekanntmachung der Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB



Die Stadt Landshut legt den vom Bausenat in seiner Sitzung vom 06.06.2025 gebilligten Entwurf des Bebauungsplanes

Nr. 02-09/3b
„Östlich Mozartstraße – nördlich Haydnstraße“

gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom

01.07.2025 bis einschl. 01.08.2025

aus.

Zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 02-09/3b „Östlich Mozartstraße – nördlich Haydnstraße“ vom 03.05.2024 i.d.F. vom 06.06.2025 mit eingearbeitetem Grünordnungsplan und textlichen Festsetzungen auf dem Plan gehören die Begründung und der Umweltbericht.

Es sind umweltbezogene Informationen in der Begründung, dem Umweltbericht, den vorliegenden Gutachten sowie in den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Themenkomplexe Schutzgut Arten und Lebensräume, Schutzgut Boden, Schutzgut Wasser, Schutzgut Klima und Luft, Schutzgut Landschaftsbild, Schutzgut Mensch, Schutzgut Kultur- und Sachgüter, Bodenverhältnisse, Kampfmittel, Ausgleichsmaßnahmen und Starkregen verfügbar.

Der Inhalt dieser Bekanntmachung sowie die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen können im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Beteiligung.aspx

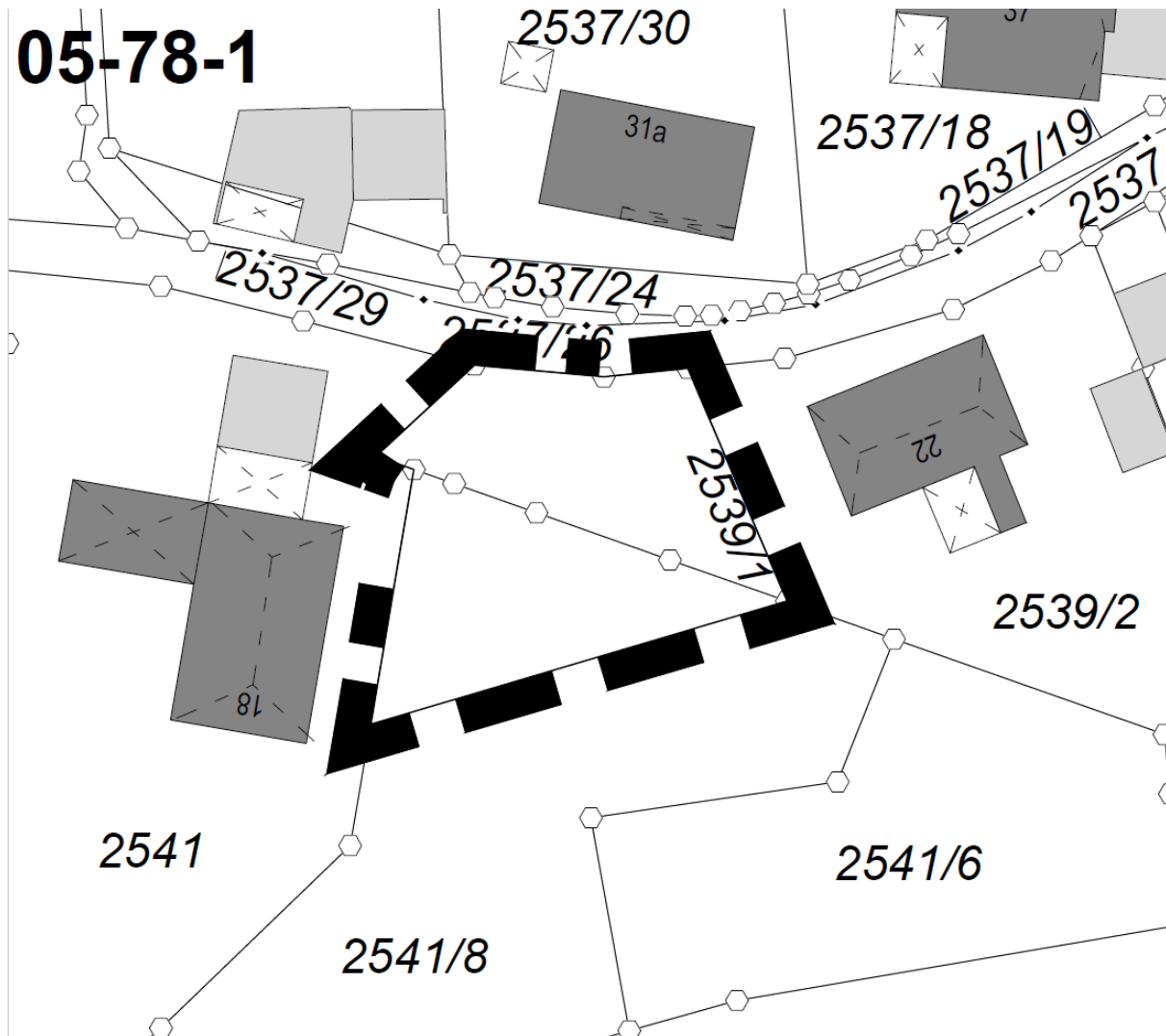
Zusätzlich erfolgt die Auslegung beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden.

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen. Ebenso können die in den Festsetzungen des Bebauungsplanes genannten DIN-Normen zu den oben genannten Dienststunden im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung eingesehen werden.

Stellungnahmen sollen während der Auslegungsfrist elektronisch übermittelt werden. Bei Bedarf können die Stellungnahmen in analoger Form oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Stadt Landshut den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

STADT LANDSHUT
- Referat für Bauen und Umwelt -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

**Vollzug des BauGB;
Veränderungssperre Nr. 05-78-1 „Zwischen Pulverturmstraße und Schwarzem Weg“ vom 06.06.2025
hier: Bekanntmachung gem. § 16 Abs. 2 BauGB**



Der Bausenat der Stadt Landshut hat in seiner Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 05-78 „Zwischen Pulverturmstraße und Schwarzem Weg“ aufzustellen.

Zur Sicherung der Planung hat der Bausenat der Stadt Landshut in seiner Sitzung vom 06.06.2025 für einen Teilbereich dieses Gebietes die Veränderungssperre Nr. 05-78-1 „Zwischen Pulverturmstraße und Schwarzem Weg“ gemäß § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Dies wird hiermit gemäß § 16 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Das Gebiet, für das die Veränderungssperre erlassen wird, beinhaltet das Grundstück mit der Fl.-Nr. 2539/1 sowie einen Teilbereich der Fl.Nr. 2541/8, beide der Gemarkung Landshut.

Die Satzung über die Veränderungssperre Nr. 05-78-1 „Zwischen Pulverturmstraße und Schwarzem Weg“ vom 06.06.2025 wurde am 20.06.2025 ausgefertigt.

Jedermann kann die Veränderungssperre mit der Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an unter folgender Internetadresse einsehen:

https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Rechtskr%C3%A4ftig.aspx

Zusätzlich können die Unterlagen während der folgenden Dienststunden beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut eingesehen werden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden.

Auf Verlangen wird jedermann über den Inhalt der vorgenannten Unterlagen Auskunft erteilt.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Veränderungssperre Nr. 05-78-1 „Zwischen Pulverturmstraße und Schwarzem Weg“ vom 06.06.2025 in Kraft.

STADT LANDSHUT
- Referat für Bauen und Umwelt -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Vollzug des BauGB;
Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut mit Deckblatt Nr. 77 im Bereich „Südlich Klötzlmüllerstraße - Verlängerung Sylvensteinstraße“
hier: Ortsübliche Bekanntmachung der Anpassung im Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB

Die Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut durch Deckblatt Nr. 77 vom 09.05.2025 im Bereich „Südlich Klötzlmüllerstraße - Verlängerung Sylvensteinstraße“ durch Anpassung im Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 wurde vom Bausenat der Stadt Landshut am 09.05.2025 beschlossen.

Jedermann kann das Deckblatt Nr. 77 zum Flächennutzungsplan und Landschaftsplan vom Tage dieser Bekanntmachung an unter folgender Internetadresse einsehen:

https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Rechtskr%C3%A4ftig.aspx

Zusätzlich können die Unterlagen während der folgenden Dienststunden beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut einsehen: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden.

Auf Verlangen wird jedermann über dessen Inhalt Auskunft gegeben.

Mit dieser Bekanntmachung wird das Deckblatt Nr. 77 vom 09.05.2025 zum Flächennutzungsplan und Landschaftsplan der Stadt Landshut wirksam.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie der Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 S. 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

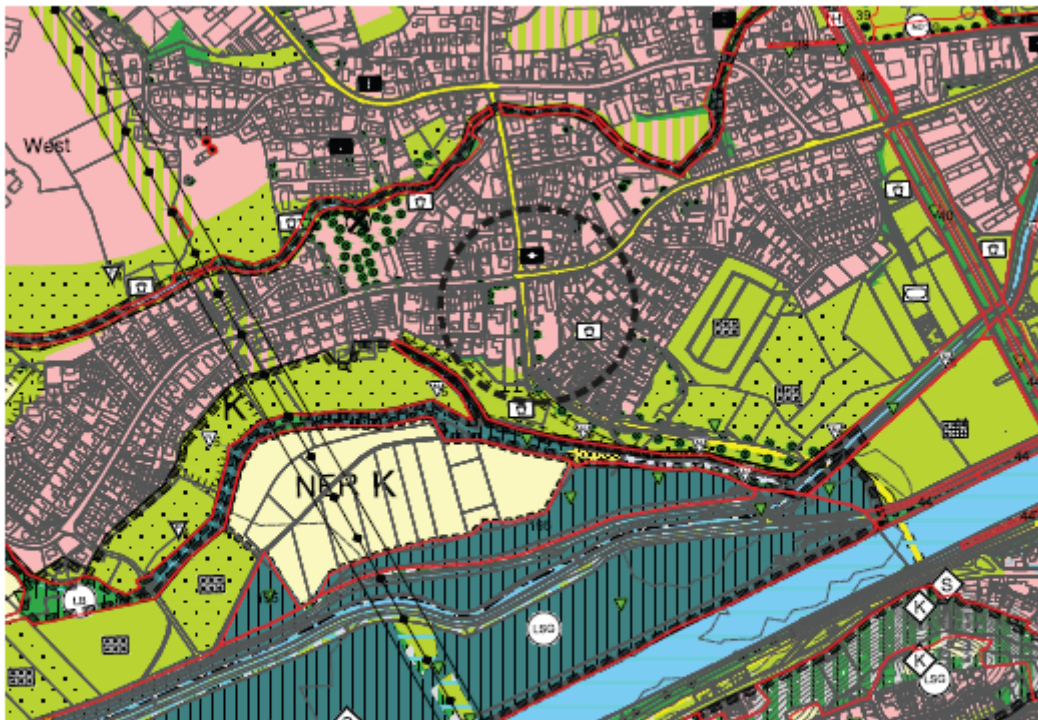
STADT LANDSHUT
- Referat für Bauen und Umwelt -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung



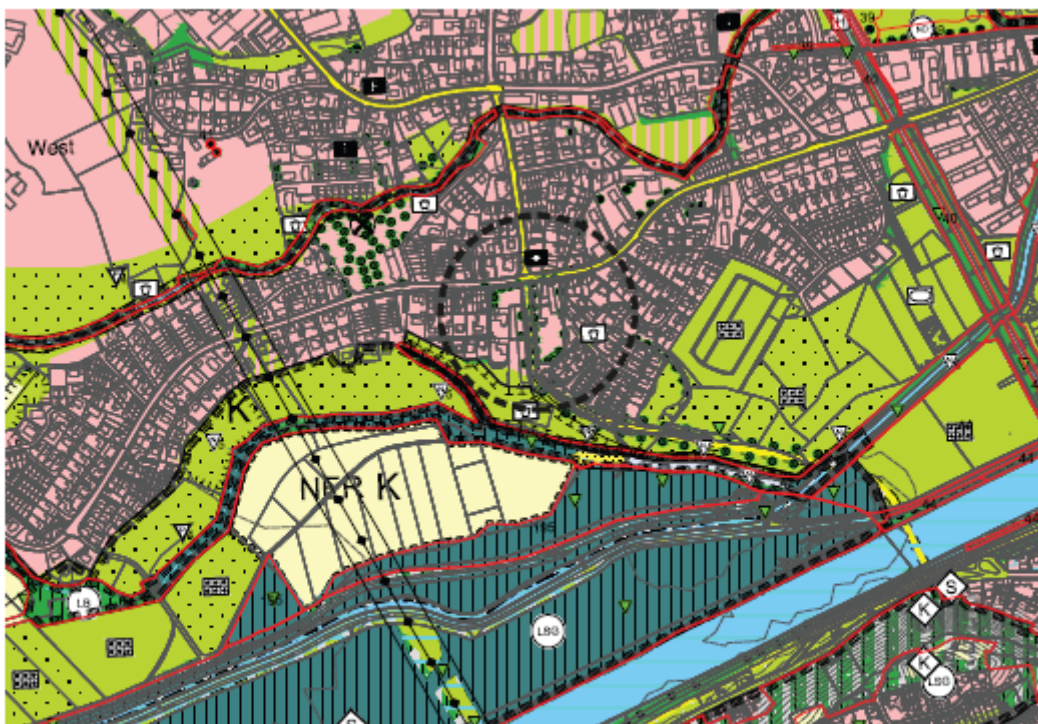
Wirksamer Flächennutzungsplan



Änderung Flächennutzungsplan mit Deckblatt Nr. 77 im Bereich
"Südlich Klötzlmüllerstraße - Verlängerung Sylvensteinstraße"



Wirksamer Landschaftsplan



Änderung Landschaftsplan mit Deckblatt Nr. 77 im Bereich
"Südlich Klötzlmüllerstraße - Verlängerung Sylvensteinstraße"

Legende Flächennutzungsplan

Art der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)

	Wohngebiet (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
	Wohngebiet (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) - langfristige Planung
	Dorfgebiet (§ 5 BauGB)
	Urbane Gebiete (§ 6 BauGB)
	Mischgebiete (§ 6 BauGB)
	Kerngebiete (§ 7 BauGB)
	Gewerbegebiete (§ 8 BauGB)
	Gewerbegebiete (§ 8 BauGB) - langfristige Planung
	Gewerbegebiete (§ 8 BauGB) mit Funktion Dienstleistung
	Industriegebiete (§ 9 BauGB)
	Industriegebiete (§ 9 BauGB) - langfristige Planung
	Sondergebiete (§ 11 BauGB) mit Beschränkung der Nutzung (z.B. Ein- = Einzelhandels)
	Landwirtschaftliche Betriebe im Außenbereich
	Baufeld: Festbestimmungen im Außenbereich
	Baufeld: Festbestimmungen und nach Durchführung von Hochwasserstandskontrollen möglich
	Flächen für Behälteranlagen mit Umwandlungspotenzial

Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

	Flächen für den Gemeinbedarf
	Öffentliche Verwaltungen
	Schule
	Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Sozialen Zwecken dienende Gebäude
	Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Feuerwehr
	Kindergarten
	Sportanlagen

Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrswege (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB)

	Autobahn
	Bauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (BfStrG)
	Antriebsverbotszone gemäß § 9 Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz (BfStrG)

Hauptverkehrsnetze und wichtige Einrichtungen

	Seeland
	Planungen, vom Stadtrat beschlossen
	Planungen
	Trassenkontrollen
	Verkehrsplanungsstelle
	Hinweis raumpolitischer Trasse BfSt neu

	Flächen für schnellen Verkehr
	geplante Park-and-Ride-Polze
	Hofbergjunnel

nachrichtliche Übernahme:
Flächen für den Flugverkehr mit Kennzeichnung des bestehenden Bereichs (Schweizer gen. § 17 LuftVG (Stellen 1,2,3,4))

geplante Brücke bzw. Unterführung (Fuß- und Radwege)

Ergebnis des Schienennetzes

geplanter Haltepunkt

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)

Zweckbestimmung

Elektronikwerk

Umspannwerk

Schalthaus

Wasserwerk

Pumpwerk

Wasserwerk

Brennstoff

Kläranlage

Gas

TV-Umsator

Hauptversorgungsleitungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)

220 kV - Freileitung / 110 kV Freileitung

20 kV - Freileitung / 20 kV Freileitung

Erdspeise

Funkfeld, TV - Umsator

Abbau- und Aufschüttungsflächen, Nachbegründungen

Abbau- und Aufschüttungsflächen, Nachbegründungen/Planung

Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und 5 BauGB)

Gliedernde und abschirmende Grünflächen

Parkanlage

Dauerdüngung

Sportplatz

Spielplatz

Zeipplatz

Beisplatz, Freibad

Friedhof

Baufeld mit Grünflächen

Naherholungsgebiet (Binn, Völsberg)

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserflusses (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)

SBB- und Fließgewässer

Wasserwirtschaftsgebiet (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)

Überschwerungsgebiet HQ₁₀₀ (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)

Hochwasseranlagengebiet HQ₁₀₀ (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)

Quellen

Regenwasser-Schaltkasten

Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 und 10 BauGB)

Waldfläche

Bei nicht anderweitiger Nutzung für eine Aufwertung wenigstens zu prüfen

Acker- und Grünflächen

Erwerbsgebiet

Waldfunktionen (nachrichtliche Übernahme Waldentwicklungsplan)

Flächenhafte Dendritik

Schutz/Schutzfunktion

Immissionschutz

Klima (Erhaltung einer spezifischen Ausprägung)

Biotopschutz (Biotopschutz)

Verbesserung/Erhaltung des Landschafts- bzw. Ökosystems, Umgebungsschutz vor Desaster

Schutzgebiete und Schutzgebietsvorschläge (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB)

Bestand

Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzgebietsvorschlägen im Sinne des Naturschutzes

Naturschutzgebiet

Landesschutzgebiet

Naturschutz

Geschützter Landschaftsbestandteil

Bestand

Baumwald (gemäß Regionalplan Region 13 Landshut)

Gebiete nach der Fauna-, Flora-, Habitat (FFH)-Richtlinie (gemäß Bay. OStM)

Gebietsschutz gemäß Art. 1 Abs. 2 Bay. OStM

Sonstige Vermerke, Kennzeichnungen und nachrichtliche Übernahmen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

Höhenlinien

Flurgrenze

Umgrenzung von Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Flächen für Behälteranlagen

bestehender Hauptbahnhof / Bahnhof

Bodenkartographie, Naturkatastrophenschutz

Bodenkartographie (Bay. Landesamt für Denkmalpflege)

Geologie (Bay. Geologisches Landesamt)

Umgrenzung von Flächen mit einem planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB)

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind




















































































































































































































































































Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Flächen, die über einen planmäßigen Umwandlungsplan (§ 5 Abs. 3 BauGB) in andere bauliche Nutzung umzuwandeln sind

Legende Landschaftsplan

	Siedlungsfläche		Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und 5 BauGB)		Planung		Schutzgebiete und Schutzgebietsvorschläge (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB)		Planung
Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)		Bestand		Planung		Bestand		Planung	
	Öffentliche Verwaltungen		Gelände und abschirmende Grünflächen				Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzes		
	Schule		Parkanlage				Naturschutzgebiet		
	Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen		Gesamtparkanlagen				Landschaftsschutzgebiet		
	Sozialen Zwecken dienende Gebäude		Sportplatz				Naturdenkmal		
	Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen		Spielfeld				Geschützter Landschaftsbestandteil		
	Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtung		Zooanlage				Nach Art. 136 BayNatSchG geschützte Flächen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)		
	Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen		Balkenplatz, Freizeid				Nach Art. 136 BayNatSchG geschützte Fläche		
	Feuerwehr		Friedhof				Anstaltlich kartierte Biotop mit Flächennummern		
	Kindergarten		Baumflächen mit Grünfunktion				Aus den Biotopflächen ausgesprochene Bereiche		
	Sportanlage		Naturerholungsgebiet (s. u. Mülberg)				Zentrale Biotopflächen		
Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrsachsen (§§ Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB)			Einzelbäume				Baumreihe (gemäß Regionalplan Region 13 Landshut)		
	Autobahn		Baumreihe				Biotop nach der Fauna-, Flora-, Habitat (FFH) Richtlinie (gemäß Bay. NStM, LfL)		
Flächen für den öffentlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrsachsen (§§ Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB)		Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserflusses (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)		Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft		Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft		Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	
	Bauverbotzone gemäß § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (BfStrG)		StB- und Fließgewässer				Nutzungsregelung		
	Anlaufbereichszone gemäß § 9 Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz (BfStrG)		Wasserschutzgebiet (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)				Bewirtschaftungsregelung		
Hauptverkehrsachsen und wichtige Erschließungsachsen			Überschwerungsgebiet HQ+ (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)				Handlungsentscheidungen, Handlungsentscheidungen		
	Bestand		Hochwasserfließgebiet HQ+ (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)				Sicherungsmaßnahmen und -maßnahmen		
	Planungen, von Stadtteil beschleunigt		Quellen				Bepflanzungsmaßnahmen (Kleinmaßstab)		
	Planungen		Regenwasser-Sammelbecken				Erhaltung von Vegetationsbeständen (Kleinmaßstab)		
	Trassenkorridor						Bauführung einzelner Maßnahmen mit Bezug auf den Erhaltungszustand		
	Vorwerk: planfestgestellte Trasse						Erhaltung von Kleinstrukturen als Habitat und erlebnisreiche Elemente		
	Hinweis neuangeordnete Trasse BfStrG neu						Reaktivierung trockengefallener Bänke		
	Flächen für ruhenden Verkehr						Förderung ökologischer Bewirtschaftungsformen zum Schutz des Grund- und Oberflächenwassers		
	geplante Park-and-Ride-Polize						Biotopverbundsystemen, abgeleitet aus Kartierung und Vorgaben des Regionalplans		
	Hofbergbus						Schwerpunktplan für die Kompensation von Eingriffen in den Naturhaushalt		
	nachrichtliche Übernahme: Flächen für den Flugverkehr mit Kennzeichnung des beschriebenen Schutzbereichs gem. § 17 LuftVG (Radius 1,5 km)						Naturentwicklungsplan		
	geplante BfStrG bzw. Unterführung (Fuß- und Radwege)								
Ergänzung des Schienenverkehrs									
	geplanter Haltepunkt								
Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallbeseitigung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)									
	Zweckbestimmung								
	Elektrizitätswerk								
	Umspannwerk								
	Schalthaus								
	Wasserwerk								
	Pumpwerk								
	Wasserkraft								
	Brücken								
	Kläranlage								
	Gas								
	TV-Umsender								
Hauptversorgungsleitungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)									
	220 kV-Freileitung / 110 kV-Freileitung								
	20 kV-Freileitung / 10 kV-Freileitung								
	Erde								
	Flachfeld, TV-Umsender								
	Abbau- und Aufbaufeldern, Nachfolgebauungen								
	Abbau- und Aufbaufeldern, Nachfolgebauungen Planung								
Schutzwerte Kleinstrukturen									
	220 kV-Freileitung / 110 kV-Freileitung								
	20 kV-Freileitung / 10 kV-Freileitung								
	Erde								
	Flachfeld, TV-Umsender								
	Abbau- und Aufbaufeldern, Nachfolgebauungen								
	Abbau- und Aufbaufeldern, Nachfolgebauungen Planung								
Schutzwerte Kleinstrukturen									
	220 kV-Freileitung / 110 kV-Freileitung								
	20 kV-Freileitung / 10 kV-Freileitung								

Bekanntmachung

Planfeststellung nach § 43 EnWG i. V. m. Art. 72 ff. BayVwVfG

Energiewirtschaftsgesetz (EnWG);
Planfeststellungsverfahren nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 4 EnWG für den **Neubau der 380-kV-Leitung Isar-Altheim; Abschnitt 1 Umspannwerk Altheim – Schaltanlage Isar**

Die Planfeststellung wurde beantragt von der TenneT TSO GmbH (Vorhabenträgerin).

Für das Bauvorhaben einschließlich der landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Grundstücke im Markt Essenbach, der Gemeinde Niederaichbach und der Stadt Landshut beansprucht.

Für das Vorhaben findet gemäß § 43m Abs. 1 Satz 1 EnWG keine Umweltverträglichkeitsprüfung statt. Die Verfahrensvorschriften des UVPG finden deshalb keine Anwendung. Eine Artenschutzprüfung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG entfällt ebenfalls aufgrund von § 43m Abs. 1 Satz 1 EnWG.

Die Planunterlagen werden zur allgemeinen Einsicht digital zugänglich gemacht auf der Internetseite

Internetadresse der Gemeinde
<https://landshut.de>

in der Zeit vom
30.06.2025

bis zum (einschließlich)
29.07.2025

1. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann Einwendungen gegen den Plan bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis zum

Datum
29.08.2025

schriftlich oder zur Niederschrift

bei (Anschrift mit Zimmernummer)

**Stadt Landshut, Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung
4. Stock, Zimmer 403
Rathaus II, Luitpoldstraße 29, 84034 Landshut**

oder bei der Regierung von Niederbayern, Verwaltungsgebäude am Münchner Tor, Innere Münchener Straße 2, 84028 Landshut (Terminvereinbarung unter energieversorgungsleitungen@reg-nb.bayern.de) erheben.

Einwendungen können zusätzlich über die folgenden Wege erhoben werden:

- über das sichere Kontaktformular der Regierung von Niederbayern (<https://formularserver-bp.bayern.de/sichererKontakt?caller=00998243379>) oder
- durch eine elektronische Zusendung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur oder
- über ein besonderes elektronisches Postfach (beA, beN oder eBO).

Die Erhebung von Einwendungen mit „einfacher“ E-Mail ist nicht zugelassen.

Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Zur Ermittlung einer etwaigen Grundstücksbetroffenheit wird auf die Ausführungen in der Planunterlage 4.4 verwiesen. **Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen gegen den Plan, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, gemäß Art. 73 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG für das Verwaltungsverfahren ausgeschlossen.** Dies gilt auch für Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden, ist ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner für das Verfahren zu bezeichnen, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt ist. Diese Angaben müssen deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten sein, andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben. Bereits im Verfahren erhobene Einwendungen bleiben weiter gültig.

Die Regierung von Niederbayern wird alle eingehenden Einwendungsschreiben und Stellungnahmen (einschließlich der darin enthaltenen persönlichen Angaben) der Vorhabenträgerin zur Stellungnahme zuleiten. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass gem. § 43a Satz 1 Nr. 2 EnWG auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden sollen, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind. Ein etwaiger Anonymisierungswunsch ist vom Einwender ausdrücklich und deutlich zu erklären.

2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach Art. 73 Abs. 4 Satz 5 BayVwVfG von der Auslegung des Plans.

3. Rechtzeitig erhobene Einwendungen können in einem Termin erörtert werden, den die Regierung von Niederbayern noch ortsüblich bekanntmachen wird. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben bzw. bei gleichförmigen Einwendungen wird der Vertreter von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit dem Abschluss des Erörterungstermins beendet. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich (Art. 73 Abs. 6 Satz 6 i. V. m. Art. 68 Abs. 1 BayVwVfG).
4. Durch Einsichtnahme in den Plan, durch Erhebung von Einwendungen oder durch Vertreterbestellung entstehende Aufwendungen werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Der Planfeststellungsbeschluss wird öffentlich bekanntgegeben, indem er für die Dauer von zwei Wochen auf der Internetseite der Regierung von Niederbayern mit der Rechtsbehelfsbelehrung zugänglich gemacht wird. Auf der Zugänglichmachung im Internet wird, zusammen mit dem verfügenden Teil des Planfeststellungsbeschlusses und der Rechtsbehelfsbelehrung, in einschlägigen örtlichen Tageszeitungen hingewiesen. Nach Ablauf von zwei Wochen seit der Zugänglichmachung auf der Internetseite der Regierung von Niederbayern gilt der Planfeststellungsbeschluss gegenüber den Betroffenen und demjenigen, der Einwendungen erhoben hat, als bekanntgegeben.
7. Vom Beginn der Auslegung des Planes an dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplante Baumaßnahme erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden (Veränderungssperre). Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden davon nicht berührt (§ 44a Abs. 1 EnWG). Darüber hinaus steht der Vorhabenträgerin nach § 44a Abs. 3 EnWG ein Vorkaufsrecht an den von dem Plan betroffenen Flächen zu.
8. Zudem werden die Planunterlagen auf der Internetseite der Regierung von Niederbayern unter „Planfeststellungsverfahren für Energieversorgungsleitungen - Regierung von Niederbayern“ veröffentlicht.
9. Auf Verlangen gegenüber der jeweiligen Gemeinde kann während des Auslegungszeitraums nach § 43a Satz 3 EnWG eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zu den Planunterlagen zur Verfügung gestellt werden, um Personen, die keinen bzw. keinen ausreichenden Zugang zum Internet haben, eine Kenntnisnahme der auszulegenden Unterlagen zu ermöglichen. Das Verlangen ist an die jeweilige Gemeinde zu richten.
10. Die Unterlagen enthalten Umweltinformationen nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG).

Hinweis zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO):

Aufgrund der seit dem 25. Mai 2018 anwendbaren DSGVO wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit im o.g. Planfeststellungsverfahren die erhobenen Einwendungen und darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren von der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde (Regierung von Niederbayern) erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Die persönlichen Daten werden benötigt, um die Betroffenheit beurteilen zu können. Sie werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Daten können an die Vorhabenträgerin und ihre mitarbeitenden Büros zur Auswertung der Stellungnahmen weitergegeben werden. Insoweit handelt es sich um eine erforderliche und somit rechtmäßige Verarbeitung aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung gem. Art. 6 Unterabs. 1 Buchst. c DSGVO. Weitere Informationen finden Sie unter: www.regierung.niederbayern.bayern.de/meta/datschutz


Unterschrift



Herausgegeben von der Stadt Landshut, Altstadt 315, 84028 Landshut
Verantwortlich für den Inhalt ist der jeweilige Verfasser der Bekanntmachung.